

Herrn  
Bezirksbürgermeister  
Dr. Wjahat Waraich  
über  
Fachbereich Zentrale Dienste  
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten  
Trammplatz 2  
30159 Hannover

**SPD**

**Fraktion im  
Bezirksrat der**

Landeshauptstadt

Hannover

**Bothfeld-Vahrenheide**

Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende -  
Eulenkamp 63  
30657 Hannover  
Tel.: 0511/601283  
claudia.heinrich@spd-bothfeld.de

Hannover, 17.06.2022

**Antrag gem. §93 NKomVG in Verbindung mit § 9 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Hannover**

## **Bekanntmachung von Bürgerbeteiligungen im Stadtbezirk**

### **Der Bezirksrat möge beschließen:**

Die im Rahmen von Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen obligatorisch vorgesehene Bürgerbeteiligung wird durch Plakatierung vor Ort nach Hamburger Vorbild für Bauvorhaben im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide angekündigt. Auf den Plakaten wird durch QR-Codes direkt auf Webseiten mit den Details zum neuen B-Plan sowie den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung verlinkt. Ziel ist eine stärkere Einbindung der Öffentlichkeit insbesondere der Menschen, die im Umfeld des jeweiligen Planungsgebietes leben bzw. sich dort häufig aufhalten.

### **Begründung:**

Die Bürgerbeteiligung insbesondere bei B-Plan-Aufstellungen bzw. -Änderungen ist von besonderer Bedeutung, da sich dort vollzogene rechtliche Änderungen meist langfristig auf das Lebensumfeld der Menschen vor Ort auswirken. Bislang wird auf diese Vorhaben durch Anzeigen in Printmedien hingewiesen. Da diese von immer weniger Menschen regelmäßig gelesen werden und gleichzeitig Hinweise im Internet in der Flut der dort gebotenen Informationen selten wahrgenommen werden, erreichen die Informationen zu den bestehenden Planungen viel zu wenige Menschen im entsprechenden Planungsgebiet.

Durch Aufsteller bzw. Plakate im Umfeld des Planungsgebietes nach Hamburger Vorbild (s. Anlage) kann wirksam die gewünschte öffentliche Aufmerksamkeit erreicht und damit auch der erforderliche Meinungsbildungsprozess in der betroffenen Bevölkerung zielgerichtet angestoßen werden. Durch die stärkere Einbindung der Betroffenen im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens kann nicht nur die politische Begleitung dieser Vorhaben bürgernah erfolgen, es wird gleichzeitig auch das Interesse an kommunalpolitischen Fragestellungen gefördert. Weiterhin werden die politischen und verwaltungsinternen Entscheidungen in größerem Maße von den Menschen mit getragen, wenn die Wünsche, Bedenken und Anregungen aus der Bevölkerung in einem größeren Maß berücksichtigt werden.

---

Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende –

Anlage Foto Hamburger Beteiligungskampagne

